



Weltgrösster Bondinvestor warnt vor Euro-Kollaps

20.12.2010 09:43

Der weltgrösste Anleiheninvestor schlägt nach den jüngsten Gipfelbeschlüssen der EU-Regierungschefs Alarm. Denn die Spannungen an den Finanzmärkten werden auch 2011 bleiben.

«Die Politik darf nicht länger die Augen vor einer Staatspleite verschliessen», sagte Andrew Bosomworth, Leiter des Portfoliomanagements der Allianz-Tochter Pimco in München, der Zeitung «Die Welt» (Montagausgabe). Entweder sie baue jetzt eine glaubwürdige und damit langfristig stabile Wirtschafts- und Fiskalunion auf. «Oder sie riskiert einen Zusammenbruch der Währungsunion und damit des Euro», sagte Bosomworth. Pimco ist mit einem verwalteten Vermögen von rund einer Billion Dollar die weltweite Nummer eins unter den Anleiheninvestoren.

Der ab Mitte 2013 geltende Krisenmechanismus, der in der Vorwoche beschlossen wurde, sei ein richtiger Schritt, komme aber zu spät. «Die Spannungen an den Finanzmärkten werden auch 2011 bleiben», so Bosomworth. Der Krisenmechanismus sieht ab 2013 neben einem dauerhaften Rettungsschirm auch die Beteiligung privater Investoren an den Kosten einer Staatspleite vor.

Optimistischer für Spanien, Italien und Belgien

Um die Schuldenprobleme dauerhaft zu lösen, hält Bosomworth einen vorübergehenden Austritt von Griechenland, Irland und Portugal aus der Währungsunion für notwendig. Er gehe nicht davon aus, dass es diesen Ländern gelinge, innerhalb eines festen Wechselkursmechanismus wie dem Euro zu wachsen und gleichzeitig ihren Haushalt zu entlasten. «Mit einer eigenen Währung könnten sie ihre Güter im Ausland günstiger verkaufen», sagte Bosomworth.

Optimistischer zeigte er sich bei den ebenfalls an den Finanzmärkten unter Druck geratenen Ländern Spanien, Italien und Belgien. «Diese Länder haben gute Chancen, es auch innerhalb der Staatengemeinschaft zu schaffen», sagte er. Ohne Unterstützung der anderen EU-Mitglieder gehe es allerdings nicht. «Über kurz oder lang kommen wir an einer Euroanleihe nicht vorbei», so der Portfoliomanager.

Im Gegenzug fordert er eine tiefgreifende Reform der Europäischen Union. «Wer mehr in den Topf einzahlt als er herausnimmt, muss auch mehr Mitsprache haben», sagte Bosomworth. Es könne nicht sein, dass Deutschland im Europarat 29 Stimmen habe und Spanien immer noch 27 Stimmen.

(Reuters)
